



KfW-Kommunalpanel 2020; 147 Mrd. Euro Investitionsstau

Mit 147 Mrd. Euro ist der kommunale Investitionsrückstand weiter besorgniserregend hoch. Maßgeblich geht der Investitionsstau dabei auf die Bereiche Schulen (44 Mrd. Euro) und Verkehrsinfrastruktur (37 Mrd. Euro) zurück. Treibende Faktoren für den Investitionsrückstand sind vor allem fehlende finanzielle Mittel, begrenzte Personalkapazitäten in Bauwirtschaft und Bauverwaltung sowie die allgemeine Baupreisentwicklung. Ein gemeinsamer kommunaler Corona-Rettungsschirm von Bund und Ländern ist notwendig, um die Investitionen auf kommunaler Ebene zu stabilisieren. Einbrechende Einnahmen sowie steigende Sozialausgaben werden ansonsten unweigerlich zu einem explodierenden kommunalen Investitionsrückstand führen.

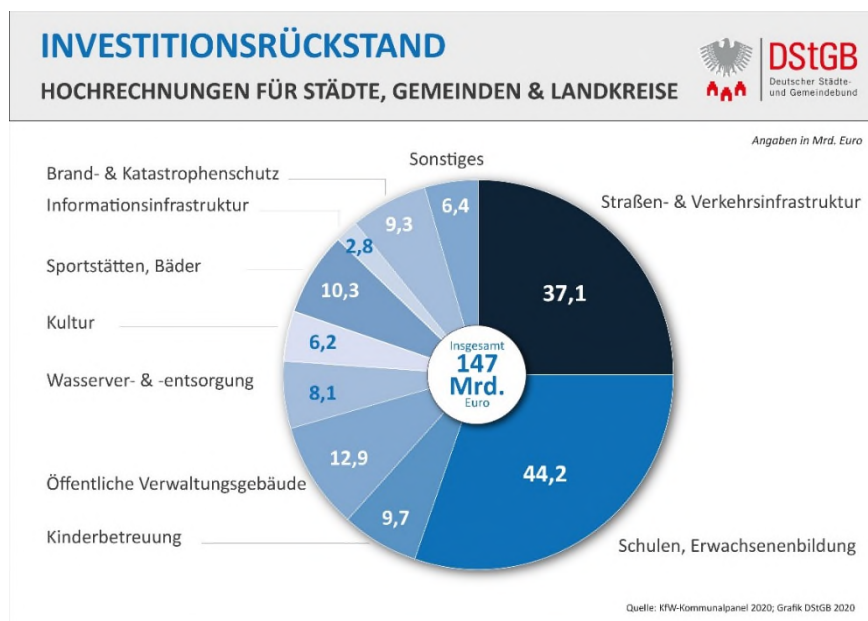
Am 4. Juni 2020 wurde das im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erstellte KfW-Kommunalpanel 2020 veröffentlicht. Vorangestellt sei, dass die Umfrage zum diesjährigen KfW-Kommunalpanel bereits im Herbst 2019 durchgeführt wurde. Die Zahlen spiegeln also noch nicht die Auswirkungen der Corona-Pandemie wider. Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, führte das Difu im Auftrag der KfW im April eine kurze Nachbefragung durch. Die Ergebnisse der Blitz-Umfrage wurden bereits Mitte Mai veröffentlicht. Wir haben mit unserem Corona-Rundschreiben vom 13.05.2020 über die Ergebnisse informiert.

Zum Zeitpunkt der Befragung zum KfW-Kommunalpanel 2020 (Herbst 2019) schätzten aufgrund der guten Gesamtlage der öffentlichen Haushalte immerhin 32 Prozent der befragten Kommunen ihre aktuelle Finanzlage als „gut“ bis „sehr gut“ und 47 Prozent mindestens noch als „ausreichend“ oder „befriedigend“ ein. Im Vergleich zum Vorjahr fiel die Einschätzung der Kämmereien aber bereits leicht schlechter aus. Mit der Corona-Pandemie sind die Vorzeichen nun aber nochmals ganz andere. So rechnen 95 Prozent der im Zuge der Blitzumfrage befragten Kommunen für das laufende Jahr mit sinkenden Einnahmen und mit einem sinkenden Anteil der Investitionen im Haushalt.

Investitionsrückstand

Nach dem KfW-Kommunalpanel 2020 beläuft sich der wahrgenommene kommunale Investitionsrückstand auf rund 147 Mrd. Euro (Hochrechnung für alle Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern in Deutschland). Damit ist der kommunale Investitionsstau im Vergleich zum Vorjahr (138,4 Mrd. Euro) wieder leicht angestiegen. Der Anstieg ist dabei auch Ausdruck gestiegener Baupreise.

Mehr als die Hälfte der Investitionsbedarfe gehen auf die Bereiche Schulen und Erwachsenenbildung (44,2 Mrd. Euro) sowie Straßen und Verkehrsinfrastruktur (37,1 Mrd. Euro) zurück. Hier ist dabei der Investitionsbedarf nicht nur hoch, sondern auch äußerst dringlich. Der wahrgenommene Investitionsrückstand bei der Kinderbetreuung ist nochmals auf nun 9,7 Mrd. Euro angestiegen. Der wahrgenommene Investitionsstau bei öffentlichen Verwaltungsgebäuden ist hingegen leicht zurückgegangen (12,9 Mrd. Euro).



Zum Befragungszeitraum Herbst 2019 gingen rund 40 Prozent der befragten Kämmergeien von einem leichten bzw. deutlichen Abbau des bestehenden Investitionsstaus aus, ein Viertel erwartet jedoch einen Anstieg. Gut die Hälfte der befragten Kommunen geht davon aus, dass der Investitionsrückstand im Bereich Schulen (51 Prozent) und Kinderbetreuung (52 Prozent) etwas oder deutlich abgebaut wird. Deutlich pessimistischer fällt hingegen die Einschätzung hinsichtlich des Investitionsstaus bei Straßen und der Verkehrsinfrastruktur aus. Hier gehen nur noch 27 Prozent von einem Abbau aus, während 38 Prozent sogar einen weiteren Anstieg erwarten. Bei Straßen und der Verkehrsinfrastruktur wird auch besonders deutlich, dass die laufende Unterhaltung ein wesentlicher Einflussfaktor für den Investitionsrückstand ist. So gaben hier nur 37 Prozent der befragten Kommunen an, dass die Unterhaltung in den vergangenen fünf Jahren „vollständig“ oder „weitgehend“ gewährleistet werden konnte.

Auch das diesjährige KfW-Kommunalpanel hat wieder gezeigt, dass viele Kommunen die tatsächlichen Investitionsvorhaben nicht im geplanten Umfang umsetzen konnten. Die befragten Kommunen sehen hier vor allem die Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft bzw. die daraus resultierenden ergebnislosen Ausschreibungen (45 Prozent) als Hauptgrund. Ein weiterer Grund sind die Personalengpässe in der Bauverwaltung selbst (ca. 25 Prozent). Zudem musste rund ein Sechstel der Kommunen aufgrund fehlender finanzieller Mittel oder noch nicht genehmigter Fördermittel Investitionen ins Folgejahr schieben.

Zusätzlich wurde nach treibenden Faktoren für den Investitionsrückstand gefragt, hier waren Mehrfachnennungen möglich. Genannt wurden: fehlende finanzielle Mittel (44 Prozent), Personalengpässe in der Bauverwaltung (39 Prozent) sowie die begrenzten Kapazitäten der Bauwirtschaft (28 Prozent) sowie die Baupreisentwicklung (19 Prozent). Als Entlastungsfaktoren haben die Kommunen vor der Corona-Pandemie die zur Verfügung stehenden Zuweisungen und Zuwendungen (36 Prozent), die allgemein gute Finanzlage (14 Prozent) sowie das Niedrigzinsumfeld (11 Prozent) genannt.

Finanzierung

Mit Blick auf die Finanzierung der Investitionen ist festzuhalten, dass gut die Hälfte der befragten Kommunen allgemeine Deckungsmittel (38 Prozent) und zweckgebundene Investitionszuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich (9 Prozent) nutzt. Mit 29 Prozent spielen ansonsten Fördermittel von der EU, dem Bund oder den Ländern eine zunehmend wichtigere Rolle. 19 Prozent des Finanzierungsvolumens entfallen auf den Kommunalkredit. Während jedoch Städte mit über 50.000 Einwohnern im Durchschnitt rund 30 Prozent ihres Investitionsvolumens über Investitionskredite decken, nimmt der Anteil der aufgenommenen Investitionskredite bei kleineren Gemeinden

ab. Die Bedingungen der Kreditaufnahme wurden im Herbst 2019 im Übrigen nochmals positiver eingeschätzt als im Vorjahr. Von den befragten Kommunen, die Kredite in Anspruch genommen haben, gaben 90 Prozent an, dass die Konditionen zuletzt „sehr gut“ bzw. „gut“ waren. Inwieweit sich die Corona-Krise auf die Finanzierungsbedingungen auswirken wird, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Immerhin zwei Drittel der im Zuge der Ergänzungsumfrage befragten Kommunen gehen aber nicht von Corona bedingt verschlechternden Finanzierungsbedingungen aus.

Digitalisierung

Schwerpunktthema des diesjährigen KfW-Kommunalpanels war die Digitalisierung. Die Mehrheit der befragten Kämmer:innen sieht in der Digitalisierung eine hohe Relevanz für die kommunalen Haushalte (aktuell bereits 60 Prozent, mit Blick auf die Zukunft 70 Prozent der Befragten). Rund 40 Prozent der befragten Kommunen erhoffen sich von der Digitalisierung verbesserte Prozesse und effizientere Abläufe. Gut 20 Prozent drückten die Erwartung aus, dass sich der Service bzw. das Leistungsangebot für die Bürger mit der Digitalisierung verbessert. Immerhin noch 9 Prozent erwarten durch die verschiedenen Digitalisierungsmaßnahmen auch Kostenersparnisse. Auf der anderen Seite befürchten die Kämmer:innen aber zugleich hohe Kosten der notwendigen Maßnahmen (14 Prozent). Weiter werden die Anforderungen an den Datenschutz und die IT-Sicherheit (11 Prozent) sowie fehlendes Knowhow in der Verwaltung (10 Prozent) als große Herausforderungen gesehen.

Der Bericht des Kommunalpanels endet mit folgendem durchaus beachtlichen Befund:

„Perspektivisch ist allerdings darüber nachzudenken, inwieweit die beständige Ausweitung von Förderprogrammen durch Bund und Länder tatsächlich geeignet ist, sowohl die über Jahre aufgebauten Investitionsrückstände der Kommunen abzubauen, als auch die absehbar notwendigen Infrastrukturumbaubedarfe im Sinne einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Transformation der Städte, Gemeinden und Landkreise zu befrieden. Denn die Corona-Krise hat auch mit Blick auf diese Frage in sehr augenfälliger Weise verdeutlicht, dass die Kommunen für die Bereitstellung buchstäblich lebensnotwendiger Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge über ein hinreichendes Maß an haushalterischer Flexibilität verfügen müssen, um den regional sehr heterogenen Ausprägungen solcher Krisen jeweils adäquat begegnen zu können.“

Sofortprogramme mögen in Krisensituationen zwar unvermeidbar sein, um die größten Härten abzufedern. Allerdings stoßen viele Kommunen mit ihrer Forderung bezüglich einer Ausweitung bzw. Auflage neuer Förderprogramme, die auch in der Befragung zum diesjährigen Kommunalpanel erneut prominent artikuliert wurde, schon in „Normalzeiten“ vielfach an die Grenzen der eigenen Administrierbarkeit. Perspektivisch sollte deswegen die Frage nach Möglichkeiten einer Stärkung der allgemeinen Finanzautonomie der Kommunen wieder auf die Agenda gesetzt werden. Denn der wachsende Anteil der kommunalen Investitionstätigkeit, der aus Fördermitteln von Bund, Ländern und der EU gedeckt wird, ist auch Ausdruck einer Abhängigkeit, die die kommunale Selbstverwaltungsautonomie untergräbt.“

Das KfW-Kommunalpanel 2020 sowie weiterführende Informationen können über www.kfw.de/kommunalpanel abgerufen werden.

jl-ru